



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 12.06.2026 bis 19.06.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

China: Bei Razzia gegen die „Early Rain“-Gemeinde Dutzende festgenommen	3
China: Beitrag zur Weltmission	4
China: Dutzende Besucher einer Hauskirche festgenommen und verhört	6
Deutschland: "Die Würde des Menschen ist angetastet"	7
Deutschland: Antisemitismus in Deutschland mit Höchstzahlen	8
Deutschland: Assyrische Christen - Menschenrechtler gegen geplante Abschiebung	9
Deutschland: Erneuter Anschlag auf Kirche in Hanau	10
Deutschland: HMK Missionstag 2026	11
Deutschland: Zeal Church - Spendenkampagne für „Stay“-Café gestartet	12
Deutschland: „Verfolgung fängt nicht erst mit Gewalt an“	13
Indien: Erzbischof von Imphal fordert "Friedensabkommen" in Manipur	15
Israel: Antichristliche Übergriffe nehmen weiter zu	16
Israel: Griechisch-orthodoxes Patriarchat von Jerusalem beklagt Aneignung von kirchlichem Eigentum	17
Israel: Pastoren gegen Antisemitismus	18
Kenia: Mutmaßlicher Mörder von Pfarrer Bett festgenommen	20
Norwegen: Erster Marsch für das Leben seit 40 Jahren	21
Pakistan: Gefälschte Dokumente bei Entführung und Zwangsheirat	22
Russland und Zentralasien: Bitte beten Sie für uns!	23
Russland: Pastor Yury Sipko als Terrorist eingestuft	24
Somalia: Lage nach Ausschreitungen in Mogadischu angespannt	25
Südafrika: Über 7.000 Malawier warten in Durban auf die Ausreise	26
Südsudan: Muslime greifen Christen in der Kirche eines Flüchtlingslagers an	27
Ukraine: Kiewer Höhlenkloster bei russischem Angriff in Brand geraten	28
USA und Iran: Einigung für Rahmenabkommen	29
Weltweit: Religionsfreiheit - Staatliche Eingriffe erreichen Höchststand	31
Weltweit: Religionsfreiheit in jedem dritten WM-Teilnehmerland bedroht	32

China: Bei Razzia gegen die „Early Rain“-Gemeinde Dutzende festgenommen

ICC-Nachrichten & Berichte - Am Sonntag, dem 14. Juni, gegen 11 Uhr morgens führten kommunistische Behörden eine Razzia in der „Early Rain Covenant Church“ in Chengdu, Sichuan, China, durch und nahmen Dutzende Gläubige fest.

Berichten zufolge betraten etwa 30 SWAT-Beamte und weitere 60 Polizisten den Konferenzraum des Hotels, in dem sich die Gemeinde zum Gottesdienst versammelt hatte, notierten die Namen der Anwesenden und führten zahlreiche Gläubige gewaltsam aus dem Gebäude ab. Bei der Razzia wurden zudem drei Gläubige verletzt.

Drei Busse und drei Kleinbusse wurden eingesetzt, um Älteste, Mitglieder und Kinder der Gemeinde zu örtlichen Polizeistationen zu transportieren.

Die Gemeinde veröffentlichte später einen dringenden Gebetsaufruf für die Inhaftierten, darunter die Ältesten Yan Hong und Wu Qing sowie die Brüder Liu Yingxu, Nie Bo, Li Benli und Axin. Der Verbleib dieser und weiterer Inhaftierter ist unbekannt.

Nach Angaben der Kirche wurden nach der Razzia 33 Mitglieder festgenommen. Die meisten wurden mehrere Stunden lang verhört, und einige wurden unter Druck gesetzt, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der sie versicherten, sich nicht mehr als Teil von „Early Rain“ zu versammeln. Die meisten Kirchenmitglieder weigerten sich, das Dokument zu unterzeichnen.

Die Gemeinde bat später andere Gemeinden, dafür zu beten, dass die in Polizeigewahrsam Befindenden Gottes Frieden erfahren, dass ihre grundlegendsten Bedürfnisse gedeckt werden, dass die Gewalt gegen sie aufhört und dass die Gemeinde in China durch die Razzia noch geeinter wird.

Die Behörden haben in den letzten Jahren mehrfach Razzien bei „Early Rain“ durchgeführt, darunter insbesondere im Dezember 2018, als Pastor Wang Yi, der Gründer der Gemeinde, festgenommen und geschlagen wurde. Ende 2019 verurteilte ein Gericht Wang wegen „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt und illegaler Geschäftstätigkeit“ zu neun Jahren Haft.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

China: Beitrag zur Weltmission

Christen in China stehen oft wegen Verfolgung im Fokus. Weniger bekannt ist ihr wachsendes Engagement für die Weltmission: Mit der Initiative „Mission China 2030“ wollen sie Tausende Missionare in alle Welt entsenden.

(IDEA) Tianji Ma stellt die Bewegung vor.

Der Machtanspruch der Kommunistischen Partei in China ist allumfassend. Daher erstaunt es nicht, dass westliche Medien bei der Berichterstattung über die dortigen Christen ihr Hauptaugenmerk vor allem auf die Christenverfolgung legen. Sie ist tatsächlich real: Immer wieder werden Pastoren verhaftet, Gemeinden geschlossen, Christen überwacht. Und doch existiert inmitten dieser schwierigen Lage eine erstaunliche Dynamik: Denn chinesische Christen wollen ihren Teil zum weltweiten Missionsauftrag beitragen.

Kreative Wege der Mission

Eine der ambitioniertesten evangelikalen Missionsinitiativen der Gegenwart ist „Mission China 2030“ (MC2030). Sie will bis zum Jahr 2030 so viele chinesische Missionare wie möglich aus den Hauskirchen in alle Welt entsenden. Heute sind bereits Tausende im Ausland tätig, viele in Asien und im Nahen Osten. Ihre genaue Zahl kann aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden. Doch dass eine solche Bewegung aus einem Land mit massiver staatlicher Kontrolle hervorgeht, ist ein erstaunliches Phänomen – und kein Widerspruch: Chinesische Christen sind es gewohnt, kreative Wege zu finden, auch unter Druck ihren Glauben zu leben und weiterzugeben. Diese Gabe nutzen sie ebenso für die Weltmission.

„Evangeliumsschulden“ begleichen

Die Vision der Initiative MC2030 entstand bereits 2013 auf einer Konferenz im südkoreanischen Seoul. Drei Jahre zuvor hatten die chinesischen Behörden vor allem Hauskirchenleiter aus dem städtischen Raum Chinas an der Teilnahme am 3. „Lausanner Kongress für Weltevangalisation“ in Kapstadt (Südafrika) gehindert. In Seoul suchten die Geistlichen nun auf eigene Initiative nach neuen Formen internationaler Zusammenarbeit. Damals formulierten die Teilnehmer die Vision, bis zum Jahr 2030 20.000 Missionare aus China zu entsenden. Die hohe Zahl ist eher symbolisch zu verstehen. Sie zollt den geschätzt 20.000 westlichen Missionaren Respekt, die in den vergangenen Jahrhunderten das Christentum nach China brachten – als Ausdruck ihrer Dankbarkeit dafür und zur „Begleichung einer Evangeliumsschuld“. Die Zahl ist dabei weniger ein echtes Ziel als vielmehr ein Ausdruck von Glauben und Sendungsbewusstsein. Dahinter steht die wachsende Überzeugung, dass die chinesische Kirche nicht mehr nur Empfängerin, sondern aktive Gestalterin der Weltmission ist.

In Traditionslinie mit älteren Bewegungen

Missionarisch aktiv zu sein, ist für Chinesen ein langgehegter Wunsch. MC2030 steht so in einer Traditionslinie mit „Back to Jerusalem“ („Zurück nach Jerusalem“, BTJ). In den 40er Jahren entstand die Vision, Missionare entlang der historischen Seidenstraße bis nach Jerusalem zu entsenden. Sie ist ein theologischer, missiologischer Ansatz, der bis in die heutige Zeit wirkt. Während BTJ damals stark von Endzeiterwartung und leidensbereitem Enthusiasmus geprägt war, ist MC2030 moderner organisiert: Die Missionsinitiative legt großen Wert auf Ausbildung, Kooperation und Nachhaltigkeit. So erhalten die Missionare etwa ein interkulturelles Training und Sprachunterricht, bevor sie ausgesandt werden. Anders als die BTJ-Bewegung versteht sich MC2030 überdies als Bewegung mit weltweiter Perspektive. Dafür arbeitet sie mit internationalen Werken zusammen. Die so entstandenen Netzwerke ermöglichen Schulungen von chinesischen Missionaren in ihrem Heimatland, aber auch im Ausland.

Zwischen Strategie und Einschränkung

Die jüngere Generation chinesischer Kirchenführer denkt globaler und strategischer als ihre Vorgänger. Viele von ihnen sind theologisch gut ausgebildet und international vernetzt. Auch wenn sie neue Ansätze für ihre Missionsbestrebungen verfolgen, arbeiten sie vor allem im Verborgenen. Dass in China die Verfolgungssituation nicht überall gleich schwer ist, spielt der Bewegung in die Karten: Es gibt Regionen mit größerer Freiheit. In anderen hingegen ist Anpassungsfähigkeit gefragt, um weiter arbeiten zu können. Trotz der staatlichen Kontrolle gelingt es auf diese Weise, Missionare zu entsenden – manchmal unter ziviler Tarnung, etwa als Gastarbeiter, manchmal über Geschäftsstrukturen, jedoch immer mit erheblichem persönlichen Risiko. Da die Christen schon sehr lange unter diesen Bedingungen in China leben, sind sie sehr erfinderisch geworden. So blieben die Missionare von MC2030 bislang von den chinesischen Behörden und auch im Ausland unbehelligt – wohl aufgrund ihres extrem vorsichtigen Vorgehens.

Immer mehr Gemeinden kommen hinzu

Im Westen bleibt MC2030 bisher noch kaum beachtet. Das liegt an mehreren Faktoren: Die politische Lage in China erschwert verlässliche Informationen, denn viele Aktivitäten werden bewusst geheim gehalten. Hinzu kommt, dass die Initiative theologisch konservativ und von der „Lausanne“-Bewegung geprägt ist – also weniger Aufmerksamkeit in akademischen und medialen Kreisen findet, die oft charismatische oder progressive Strömungen bevorzugen. Trotz aller Hindernisse wächst MC2030: Jahr für Jahr schließen sich neue Gemeinden unterschiedlichster Denominationen an. Die Vision hat eine mobilisierende Kraft, selbst wenn viele Projekte klein beginnen und manchmal auch scheitern.

Mission kein Thema nur des Westens

MC2030 erinnert daran, dass Mission längst nicht mehr vom Westen ausgeht. Der globale Süden – und besonders Asien – wird zunehmend zur tragenden Kraft der Weltmission. Das fordert auch die westlichen Kirchen heraus: zu Demut, zur Partnerschaft auf Augenhöhe und zur Bereitschaft, von nichtwestlichen Christen zu lernen. Vielleicht werden in Zukunft viele chinesische Missionare in Europa tätig sein – nicht weil sie stärker oder erfolgreicher wären, sondern weil sie neu zeigen, wie man unter Druck glaubwürdig lebt und Zeugnis gibt. MC2030 steht für Hoffnung und Herausforderung zugleich. Sie zeigt, wie stark die chinesische Kirche trotz staatlicher Repression ist – aber auch, wie verletzlich und begrenzt ihr Spielraum ist. Es ist eine Bewegung zwischen Vision und Wirklichkeit, zwischen Glauben und Gefahr. Darin spiegelt sich etwas von der weltweiten Kirche wider: unterschiedlich, zerbrechlich, aber getragen vom gleichen Missionsauftrag.

(Der Autor, Tianji Ma, ist Mitarbeiter des evangelikalen Missionswerkes „OMF International Deutschland“ mit Sitz in Mücke bei Gießen sowie Teamleiter für die Diaspora-Arbeit in Deutschland. Der Theologe ist zudem Doktorand an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal.)

China: Dutzende Besucher einer Hauskirche festgenommen und verhört

Sicherheitskräfte stürmten Gottesdienst im Südwesten des Landes

Jiangyou/Midland (IDEA) – Im Südwesten von China haben Sicherheitskräfte während eines Gottesdienstes eine Razzia durchgeführt und Dutzende Mitglieder einer Hauskirche festgenommen, darunter auch Kinder. Das berichtet die christliche Menschenrechtsorganisation ChinaAid (Midland/US-Bundestaat Texas). Betroffen ist die Early Rain Covenant Church, eine der bekanntesten protestantischen Hauskirchen des Landes. Der Gottesdienst fand am 14. Juni im Konferenzraum eines Hotels in Jiangyou (Provinz Sichuan) statt. Laut der Hauskirchenleitung stürmten 60 bis 70 Beamte den Gottesdienst. 33 Gläubige seien festgenommen und am späten Abend nach der Vernehmung freigelassen worden. Die beiden Gemeindeleiter Wu Wuqing und Yan Hong wurden zu 15 bzw. 14 Tagen Haft verurteilt. „Diese Razzia ist ein weiterer deutlicher Beweis dafür, dass die Kommunistische Partei Chinas friedliche christliche Gottesdienste weiterhin als Bedrohung der staatlichen Kontrolle betrachtet“, erklärte Bob Fu, Gründer und Präsident von ChinaAid. Der Gründerpastor der Hauskirche, Wang Yi, war im Dezember 2019 wegen „Anstiftung zum Umsturz der Staatsgewalt“ und „illegaler Geschäftstätigkeit“ zu neun Jahren Haft verurteilt worden, nachdem er Einschränkungen der Religionsfreiheit kritisiert und sich geweigert hatte, staatlich kontrollierten religiösen Organisationen beizutreten. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen.

Deutschland: "Die Würde des Menschen ist angetastet"

Hartmut Steeb: Er sprach bei einer Bibelkonferenz zum Thema Lebensschutz

Karlsbad (IDEA) – Mit der zunehmenden Liberalisierung der Sterbehilfe ist der Schutz des Lebens verstärkt auch an dessen Ende in Gefahr. Davor warnte der frühere Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb (Stuttgart), auf der diesjährigen Bibelkonferenz auf der Langensteinbacher Höhe bei Karlsruhe. Sie begann am 9. Juni und endet am 17. Juni. Steeb: „Die Würde des Menschen ist angetastet – am Anfang und am Ende“. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) würden weltweit jährlich 73 Millionen ungeborene Kinder abgetrieben, täglich also rund 200.000. Diese Zahl sei höher als die natürliche jährliche globale Sterberate von rund 60 Millionen Menschen. Die Tötung ungeborener Kinder sei „die allergrößte Menschenrechtskatastrophe aller Zeiten“. Begriffe wie „reproduktive Selbstbestimmung“ verschleiern, was bei einer Abtreibung tatsächlich passiere.

Gott ist der Herr des Lebens

Während zuerst das Töten vor der Geburt „privatisiert“ worden sei, drohe dies nun auch für das Lebensende. Die Aufhebung des Verbots der geschäftsmäßigen Sterbehilfe durch das Bundesverfassungsgericht im Februar 2020 bezeichnete Steeb als „unsäglich“. Bisher sei noch nicht entschieden, was das Parlament mit dieser „gesetzlichen Baustelle“ mache. Er plädiert dafür, in einem neuen Gesetz nicht nur die geschäftsmäßige, sondern auch die private Beihilfe zur Selbsttötung zu verbieten. Christen könnten eine Art von Selbstbestimmung nicht bejahen, die das menschliche Lebensrecht eines anderen beschneide, weder eines noch nicht geborenen Menschen noch eines alten, kranken, gebrechlichen oder sterbenden Menschen. Gott sei der Herr des Lebens. Er gebe und nehme es. Ohne das Lebensrecht blieben alle anderen Rechte nutzlos.

Deutschland: Antisemitismus in Deutschland mit Höchstzahlen

RIAS-Studie Überwiegend Israelbezug:

(Von Israelnetz/ 18. Juni 2026) Mehr als zwei Drittel aller Antisemitismusvorfälle in Deutschland haben einen Israelbezug. Das zeigt der kürzlich veröffentlichte Jahresbericht 2025 des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS). Mehr als 8.000 jüdenfeindliche Vorfälle wurden demnach registriert. Das ist die höchste Anzahl seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Seit dem Hamas-Massaker am 07. Oktober 2023 verdreifachte sich die Zahl der Delikte. Sie reichen von Verunglimpfung von Juden auf öffentlichen Veranstaltungen bis hin zu schweren Gewalttaten. Im Vorjahr war die Zahl etwas niedriger. (cb)

Deutschland: Assyrische Christen - Menschenrechtler gegen geplante Abschiebung

Gesellschaft für bedrohte Völker appelliert an saarländischen Innenminister

St. Ingbert (IDEA) – Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV/Göttingen) kritisiert die geplante Abschiebung eines syrisch-christlichen Ehepaars im Saarland. In einem Brief appelliert die Menschenrechtsorganisation an den saarländischen Innenminister Reinhold Jost (SPD), die Rückführung von Larisa Alsaifi und George Darani nach Syrien zu verhindern. Die beiden waren nach Angaben der GfbV 2024 vor Krieg, Gewalt und islamistischer Verfolgung aus Damaskus geflohen. Derzeit leben sie im saarländischen St. Ingbert. Das Paar habe begonnen, sich im Saarland ein neues Leben aufzubauen, heißt es in dem Schreiben der Gesellschaft. Sie hätten Arbeit gefunden, Sprachprüfungen bestanden und seien sichtbar integriert. Wegen der drohenden Abschiebung litten sie unter schweren psychischen Problemen. Der Mann habe nach Erhalt des Abschiebebescheids zudem eine Kopfverletzung und ein Schädelhirntrauma erlitten. In Syrien seien sie aufgrund ihrer christlich-assyrischen Herkunft gefährdet. Dort würden Minderheiten wie die Christen verfolgt. Die Familie des Ehepaars sei als christlich bekannt, und nahe Verwandte hätten wegen ihres christlichen Glaubens bereits Probleme bekommen. „Gerade bei besonders vulnerablen Personen, bei dokumentierten psychischen Belastungen und bei Angehörigen religiöser Minderheiten sollte das Prinzip der Humanität Vorrang haben“, so die Menschenrechtsorganisation. Syrien hat rund 23 Millionen Einwohner. Der Anteil der Christen liegt Schätzungen zufolge bei etwa einem Prozent. Im Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors belegt das Land Rang sechs der Staaten, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

Deutschland: Erneuter Anschlag auf Kirche in Hanau

Unbekannte zerstören eine Ornamentverglasung an dem Gebäude

Hanau (IDEA) – Die katholische Heilig-Geist-Kirche in Hanau ist erneut Ziel eines Anschlags geworden. Wie die Polizei Hanau mitteilte, zerstörten Unbekannte eine Ornamentverglasung an dem Gebäude. Dafür hätten sie womöglich eine Zville oder eine Softair-Waffe benutzt. Der angerichtete Sachschaden liege schätzungsweise bei 6.000 Euro. Verletzt wurde niemand. Im Mai hatten Unbekannte bereits auf ähnliche Weise mehrere Fensterscheiben eines Seitengebäudes beschädigt. Zur Tatzeit fand in der Kirche ein [Gottesdienst](#) mit rund 200 Teilnehmern statt. Durch diesen Anschlag entstand ein Sachschaden von 5.000 Euro. Die Kriminalpolizei untersuche jetzt, ob es einen Zusammenhang zwischen den beiden Taten gebe, hieß es in der Mitteilung. Die Ermittler suchen nach Zeugen, die sich unter der Rufnummer 06181 100-123 melden können.

Deutschland: HMK Missionstag 2026

Umkämpfte Weltmission

Wir leben in einer Zeit, in der der Glaube an Jesus Christus weltweit auf die Probe gestellt wird. Christen werden verfolgt, ihre Überzeugungen werden herausgefordert, weltweit stoßen gläubige Christen zunehmend auf Widerstand, wenn sie sich mutig zu Jesus und seinem Wort bekennen. Doch mitten in diesen Herausforderungen wirkt Gott auf wunderbare Weise: Er öffnet Türen, schenkt Hoffnung und rettet Menschen – oft durch schwache Christen, die sich von ihm gebrauchen lassen, selbst unter Lebensgefahr.

Der Missionstag am **20. Juni 2026** lädt ein, den Blick zu weiten: auf Gottes Handeln in der ganzen Welt, auf beeindruckende Zeugnisse des Glaubens und auf die Frage, was unser Auftrag heute ist. Im Zentrum steht die Botschaft der rettenden Liebe Gottes für diese Welt (Joh. 3,16).

Ich freue mich auf die Gemeinschaft und diesen Tag mit Ihnen!
Herzliche Grüße

Ihr
Manfred Müller

Livestream HMK Missionstag

Über den Button können Sie am Missionstag zum Livestream gelangen.

[Zum Livestream](#)

Deutschland: Zeal Church - Spendenkampagne für „Stay“-Café gestartet

Nach 26 Anschlägen: Leipziger Freikirche will 160.000 Euro sammeln

Leipzig (IDEA) – Die freikirchliche „Zeal Church“ in Leipzig hat eine Spendenkampagne für ihr von der Schließung bedrohtes Café „Stay“ gestartet. Auf der Plattform GoFundMe ist unter dem Motto „Für Religionsfreiheit. Gegen Einschüchterung. Jetzt helfen!“ ein Spendenziel von 160.000 Euro ausgerufen worden. Hintergrund sind 26 Anschläge auf das Café innerhalb von zweieinhalb Jahren, die die Gemeinde finanziell an ihre Grenzen gebracht haben.

Finanzielles Loch von 160.000 Euro

In dem [Spendenaufruf](#) heißt es, die vergangenen Angriffe hätten ein „finanzielles Loch“ von rund 160.000 Euro hinterlassen. „Dabei geht es nicht nur um aktuelle Reparaturen.“ In der Summe steckten auch Investitionen, die getätigt worden seien, um das Café überhaupt zu eröffnen: Renovierungsarbeiten, Einrichtung, Technik, Mobiliar und vieles mehr. Werte, die durch die Schließung und die Folgen der Anschläge teilweise verloren gingen. Hinter ihnen stünden zweieinhalb Jahre voller „Arbeit, Herzblut und der Hoffnung, einen Ort zu schaffen, an dem Menschen willkommen sind“. Die Initiatoren der Spendenkampagne betonen: „Gewalt darf nicht das letzte Wort haben.“ Deshalb bitte man um Unterstützung.

Schließung Ende Juni angekündigt

Der leitende Pastor der Gemeinde, René Wagner, hatte am 31. Mai in einem Gottesdienst mitgeteilt, dass das Café Ende Juni [schließen](#) müsse. Nach massiven Sachschäden, wiederholten Schließungen und einem anhaltenden „digitalen Shitstorm“ sei der Schritt aus finanziellen Gründen unausweichlich. Die Entscheidung sei „sehr hart“ und alles andere als leichtgefallen. Hinter dem Café stünden „Menschen, Arbeitsplätze, Träume, investierte Zeit, Gebete, viel Herzblut, viele schlaflose Nächte, viel Geld“. Den bislang größten Schaden richtete ein [Buttersäure-Anschlag](#) in der Nacht von Heiligabend auf den ersten Weihnachtstag 2025 an. Allein dabei entstand nach Angaben der Gemeinde ein Schaden von rund 20.000 Euro. Hinzu kamen Einnahmefälle wegen wiederholter Schließungen sowie eingeworfene Scheiben und Graffiti an der Fassade. In dem Spendenaufruf heißt es weiter, man glaube weiterhin daran, „Menschen zu lieben – auch dann, wenn wir selbst verletzt werden“. Die Initiatoren danken für Unterstützung, Gebete und Solidarität: „Lasst uns gemeinsam zeigen, dass Hass und Gewalt zerstören kann – aber Liebe, Hoffnung und Zusammenhalt stärker sind.“ Und weiter: „Das Stay schließt – aber das, wofür es stand, bleibt bestehen.“

Deutschland: „Verfolgung fängt nicht erst mit Gewalt an“

Seit fast einem Jahr hat der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen neuen Vorsitzenden: Lars Rohwer. Wofür sich der Gesprächskreis einsetzt und welche Schlüsse Rohwer in Bezug auf Religionsfreiheit aus seiner DDR-Vergangenheit zieht

IDEA: Wenn man im politischen Berlin nach dem Stephanuskreis fragt, bekommt man oft fragende Blicke. Warum ist der Kreis so unbekannt?

Lars Rohwer: Der Stephanuskreis ist ein überkonfessioneller Gesprächskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und deshalb zunächst bewusst fraktionsintern angelegt. Das heißt aber nicht, dass er politisch keine Wirkung entfaltet. Im Gegenteil: Bei unserer letzten Sitzung zur Religionsfreiheit in Syrien haben neben Ralph Brinkhaus auch Kolleginnen und Kollegen anderer Parteien den Austausch bereichert, etwa Bundestagsvizepräsident Bodo Ramelow (Die Linke) und Rasha Nasr (SPD), die sich seit Jahren intensiv mit der Lage religiöser Minderheiten in Syrien beschäftigen. Das zeigt: Der Stephanuskreis gewinnt auch über Fraktionsgrenzen hinweg an Bedeutung. Trotzdem wollen wir natürlich, dass die Thematiken rund um Religionsfreiheit und Christenverfolgung noch stärker auf die politische Tagesordnung kommen. Gerade in der international angespannten Lage für Christen weltweit darf dieses Thema nicht am Rand stehen. Christen gehören zu den am stärksten verfolgten Glaubensgemeinschaften der Welt. Das muss sich auch im politischen Fokus widerspiegeln.

IDEA: Wo ist Ihnen konkret aufgefallen, dass Christenverfolgung medial unterschätzt wird?

Lars Rohwer: Leider gibt es dafür viele Beispiele. Sehr deutlich wird es bei aktuellen Fällen in Afrika oder in Teilen des Nahen Ostens. Gerade die angespannte Lage christlicher Glaubensgemeinschaften im Nahen Osten ist besorgniserregend. Entscheidend ist: Diese Gemeinden gehören seit vielen Jahrhunderten zur Region. Wenn sie verschwinden, verliert der Nahe Osten nicht nur religiöse Vielfalt, sondern das Christentum einen Teil seiner eigenen Geschichte. Wenn dort Christen angegriffen, vertrieben oder Kirchen zerstört werden, taucht das in Deutschland oft nur kurz in den Medien auf, wenn überhaupt. Bei Syrien sehen wir Ähnliches. Wir sprechen viel über Geopolitik, Flucht und Wiederaufbau, aber zu wenig darüber, ob Christen, Drusen, Alawiten und andere Minderheiten dort wirklich sicher leben können.

IDEA: Warum wird das Thema unterschätzt?

Lars Rohwer: Ich glaube, viele Menschen in Deutschland tun sich schwer damit, das Thema ein- und zuzuordnen. Manche fürchten, man betreibe Identitätspolitik, wenn man über verfolgte Christen oder Religionsfreiheit im Allgemeinen spricht. Andere sehen Religion generell als Privatsache und unterschätzen deshalb, wie existenziell Religionsfreiheit für Menschen ist. Ich sage: Wer Christenverfolgung anspricht, darf andere Minderheiten nicht ausblenden. Aber wer sie verschweigt, macht es sich zu einfach.

IDEA: Wie prägt Ihre DDR-Erfahrung Ihren Blick auf Christenverfolgung weltweit?

Lars Rohwer: Ich habe in der DDR persönlich erlebt, wie Christen benachteiligt und bedrängt wurden. Sowohl im Bildungsweg als auch im Beruf und im öffentlichen Leben. Das ist nicht eins zu eins vergleichbar mit religiös motivierter Haft, Folter oder Mord in anderen Ländern. Aber es schärft den Blick dafür, wie früh Unfreiheit beginnt. Verfolgung fängt nicht erst mit Gewalt an. Sie beginnt dort, wo Menschen wegen ihres Glaubens Chancen verlieren oder Angst haben müssen.

IDEA: Was muss zur Bedrängung von Christen in der DDR noch aufgearbeitet werden?

Lars Rohwer: Wir müssen genauer hinschauen, wie subtil gesellschaftlicher und privater Druck ausgeübt wurde. Dass Ostdeutschland neben Tschechien als säkularste Region der Welt gilt, ist kein Zufall. Das Regime fürchtete die Kirche. Sie war eine unabhängige Institution mit einer eigenen Wertebasis, einer anderen, höheren Autorität und damit dem direkten Zugriff des Staates entzogen. Viele Biografien sind bis heute nicht aufgearbeitet. Mir geht es dabei nicht um neue Opferkonkurrenzen, sondern darum, dass wir uns unserer eigenen Vergangenheit bewusster werden und die Folgen verstehen, die bis heute in unserer Gesellschaft spürbar sind. Wer diese Vergangenheit ernst nimmt, versteht besser, warum Religionsfreiheit nie selbstverständlich ist.

IDEA: Wo ziehen Sie die Grenze zwischen legitimer Thematisierung des Themas Christenverfolgung und Instrumentalisierung?

Lars Rohwer: Legitim ist, wenn es um konkrete Menschen, konkrete Länder und konkrete Hilfe geht. Instrumentalisierung beginnt dort, wo christliches Leid benutzt wird, um pauschal gegen Muslime, Migranten oder politische Gegner Stimmung zu machen. Christenverfolgung ist ein Menschenrechtsthema, kein Instrument für Populismus. Wer es ernst meint, verteidigt Religionsfreiheit für Christen, Juden, Muslime, Jesiden, Bahai, Atheisten – für alle.

IDEA: Sie sind der Meinung, das Thema sollte stärker in die Außenpolitik integriert werden. Was heißt das konkret?

Lars Rohwer: Das heißt zuerst, dass Religionsfreiheit in Gesprächen mit Regierungen regelmäßig auf den Tisch kommen muss, nicht nur am Rande. Zweitens: Unsere Botschaften müssen Fälle dokumentieren und Betroffene sichtbar machen. Drittens: Bei schweren Verstößen müssen auch Konsequenzen möglich sein, etwa gezielte Sanktionen gegen Verantwortliche, Konditionierung von Zusammenarbeit oder klare Kriterien bei Entwicklungsprojekten. Symbolik reicht nicht. Aber Außenpolitik bleibt immer eine Abwägung. Entscheidend ist, dass Menschenrechte nicht nur Sonntagsreden sind.

IDEA: Religionsfreiheit ist aus Ihrer Sicht ein „Seismograph“ – was sagt dieser Seismograph aktuell über Syrien?

Lars Rohwer: Er schlägt aus. Syrien ist ein Land, in dem religiöse Minderheiten berechtigterweise große Angst vor der Zukunft haben. Nach dem Ende der Assad-Diktatur entscheidet sich jetzt, ob ein neues Syrien wirklich pluralistisch wird oder ob alte Gewalt nur durch neue Willkür ersetzt wird. Der Schutz von Christen und anderen Minderheiten ist dafür ein Gradmesser, wie gewillt die neuen Machthaber in Syrien tatsächlich sind, Veränderungen anzustoßen.

IDEA: Warum setzen Sie sich für Aleh Loika ein? Was erhoffen Sie sich?

Lars Rohwer: Aleh Loika ist Pastor in Belarus. Er hat Menschen geholfen, unter anderem in der Arbeit mit Suchtkranken. Jetzt sitzt er in Belarus in Haft, verurteilt unter politisch missbrauchten Extremismusvorwürfen. Eine politische Patenschaft kann keine Gefängnistür allein öffnen. Aber sie nimmt dem Regime die Anonymität. Sie zeigt Aleh Loika und seiner Familie: Ihr seid nicht vergessen. Und sie erhöht die internationale Sichtbarkeit des Falles. Wir tun unser Möglichstes, Aleh mit allen Mitteln zu unterstützen.

IDEA: Welche Themen wird der Stephanuskreis in den nächsten Jahren setzen?

Lars Rohwer: Das Ziel des Stephanuskreises ist es nach wie vor, verfolgte Christen sichtbarer zu machen, ohne Religionsfreiheit für andere auszublenden. Dafür bewegen wir uns einmal um die Welt und nehmen Länder wie Syrien, Nigeria, Iran, China und weitere genauer in den Blick. Insbesondere wollen wir Betroffenen selbst eine Stimme geben. Über sie wird viel gesprochen. Wir müssen mehr mit ihnen sprechen.

IDEA: Vielen Dank für die Antworten!

Indien: Erzbischof von Imphal fordert "Friedensabkommen" in Manipur

Imphal (Fides) – Inmitten der angespannten Lage aufgrund der Geiselkrise, die zu neuen Massakern, darunter der Ermordung zweier protestantischer Pastoren der Naga-Ethnie, geführt hat, appelliert Erzbischof Linus Neli von Imphal an die Bevölkerung, ein Abkommen zu schließen, das als „Manipur-Abkommen 2026“ in die Geschichte eingehen soll. Der Erzbischof erneuerte seinen Appell an alle Bevölkerungsgruppen Manipurs und rief zu Dialog, Versöhnung und zum Schutz unschuldiger Zivilisten angesichts der anhaltenden Gewalt auf und bat die drei größten ethnischen Gruppen des Bundesstaates – Kuki, Naga und Meitei –, sich für ein umfassendes und dauerhaftes Friedensabkommen einzusetzen. Der Bischof, der eine Erklärung mit dem Titel „Zum Schutz des menschlichen Lebens und zum Streben nach Frieden“ veröffentlichte, drückte gegenüber Fides sein „tiefes Bedauern über den Verlust unschuldiger Menschenleben und die Zerstörung, die der über dreijährige Konflikt im Bundesstaat verursacht hat“ aus. Er verurteilte jegliche Form von Gewalt gegen Zivilisten und erklärte: „Keine Umstände oder Rechtfertigungen können die Tötung eines unschuldigen Menschen rechtfertigen.“ Dabei bekräftigte er die „Heiligkeit des Lebens und die Menschenwürde“. „Vorsätzliche Angriffe auf Zivilisten verstoßen sowohl gegen moralische Prinzipien als auch gegen allgemein anerkannte menschliche Werte“, erklärte er und bekundete seine Solidarität mit den Familien der Opfer und Geiseln.

Der Erzbischof appelliert an die Gemeinden und erklärt: „Wir fordern ein Ende von Vergeltungsmaßnahmen und Rache. Wir rufen zu Vergebung, Wiedergutmachung und der Suche nach der Wahrheit auf – unerlässliche Elemente für den Wiederaufbau des Vertrauens zwischen den Gemeinden.“ „Dauerhafter Frieden“, fährt er fort, „kann nur durch einen kontinuierlichen Dialog zwischen den Gemeinden entstehen, der sowohl von traditionellen Institutionen als auch von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen getragen wird, die zur Vermittlung fähig sind.“ Auf diesem Weg, so betont er, „sind eine fortschreitende Abrüstung und die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Förderung von Wirtschaftswachstum und regionaler Stabilität notwendig“. Er bekräftigt die Unterstützung der katholischen Kirche für „Initiativen, die Heilung, Verantwortung, Versöhnung und Frieden fördern.“ In den vergangenen Tagen organisierten und begingen Katholiken in Manipur einen besonderen Gebetstag für Versöhnung, an dem Gläubige aller ethnischen Gruppen teilnahmen und gemeinsam um „das Geschenk des Friedens“ beteten.

Die „Geiselkrise“ – die gegenseitige Entführung von Zivilisten durch die verfeindeten Volksgruppen der Kuki und Naga – schien nach der Freilassung von 14 Geiseln aus dem Volk der Kuki kurz vor einer Lösung zu stehen. Doch der Fund der Leichen von sechs Zivilisten aus dem Volk der Naga, die brutal gefoltert und getötet worden waren, hat die ethnischen Feindseligkeiten erneut entfacht und zu Protesten und Empörung in der Naga geführt. Am 10. Juni bargen Sicherheitskräfte die Leichen von sechs Männern aus dem Volk der Naga, die am 13. Mai entführt worden waren. Unter ihnen befanden sich zwei protestantische Pastoren: Reverend Manu Thiumai, ein angesehener Leiter einer Baptistengemeinde, und Pastor Kenpibou, ebenfalls Leiter einer örtlichen Baptistengemeinde. Laut lokalen Quellen handelte es sich bei den Morden um eine Vergeltungsaktion für die Tötung dreier Baptistenpastoren aus dem Volk der Kuki (siehe Fides 13/05/2026 und 19/05/2026).

Das Massaker an sechs Zivilisten aus dem Volk der Naga hat die Spannungen zwischen den Gemeinschaften der Naga und Kuki in Manipur verschärft. Der „United Naga Council“ rief zu Protesten, Straßenblockaden und Demonstrationen auf, um Gerechtigkeit zu fordern. Auch das „Naga Peoples' Movement for Human Rights“ (NPMHR) verurteilte die Tötung der sechs Geiseln ebenfalls und bezeichnete sie als „extrem brutal“, ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und einen „barbarischen Akt“. Die Vertreter der Naga lehnen nun Waffenstillstandsabkommen militanten Kuki ab und fordern die zivilen Behörden auf, die Verantwortlichen für das Massaker unverzüglich festzunehmen.

Der interethnische Konflikt in Manipur hat zur Binnenvertreibung von Zivilisten verschiedener Gruppen geführt. Laut Regierungsangaben belief sich die Zahl der Binnenvertriebenen im Juni 2026 auf rund 60.000.

(PA) (Fides 12/6/2026)

Israel: Antichristliche Übergriffe nehmen weiter ZU

Die Vorfälle reichen von Anspucken bis zur Schändung christlicher Stätten

Jerusalem (IDEA) – In Israel zeichnet sich für 2026 ein neuer Rekord an antichristlichen Vorfällen ab. Nach einem Bericht des israelischen Religious Freedom Data Center (RFDC) waren Christen dort in diesem Jahr bereits 88 Mal Opfer von Belästigungen und Übergriffen. Die erfassten Vorfälle stellten aber wahrscheinlich nur die „Spitze eines Eisberges“ dar. Menschenrechtler erwarten, dass die Zahl der Übergriffe den Vorjahresrekord von 181 überschreiten wird. Das RFDC teilte in Jerusalem mit, dass allein im zweiten Quartal dieses Jahre bisher 63 Angriffe gezählt wurden. Die meisten Vorfälle ereigneten sich demnach in der Altstadt von Jerusalem und auf dem Berg Zion. Dazu zählen Anspucken und Beschimpfungen, die Schändung von Gräbern, Statuen und Kreuzen sowie die Entweihung christlicher Kultstätten. Täter sind mutmaßlich meist ultraorthodoxe Juden. Die israelische Forscherin Yeska Hran erklärte bei der Veröffentlichung des Berichts laut dem palästinensischen Nachrichtenportal „Felesteen News“, dass die Zahlen alle Erwartungen übertroffen hätten. Die Vorfälle seien für christliche Gemeinden zur „täglichen Realität“ geworden. Die Angriffe richteten sich auch gegen katholischen Klöster. So wurden Steinkreuze umgeworfen, Steine, Eier und Müll auf deren Gebäude geworfen, berichten kirchliche Amtsträger. Die Angriffe wiederholten sich in Wellen, sagte Pater Stanislaw Kolakowski in Jerusalem laut „Felesteen News“. Im April war eine französische Nonne, die in Ostjerusalem für ein Forschungszentrum arbeitete, zu Boden geworfen und mehrfach getreten worden. Eine Überwachungskamera hatte die Tat aufgezeichnet. Laut der Nachrichtenagentur Middle East Eye erklärte die Hebräische Universität Jerusalem, der Angriff sei „kein Einzelfall, sondern Teil eines besorgniserregenden Musters zunehmender Feindseligkeit gegenüber der christlichen Gemeinschaft und ihren Symbolen“. Im Heiligen Land leben rund 200.000 Christen.

Israel: Griechisch-orthodoxes Patriarchat von Jerusalem beklagt Aneignung von kirchlichem Eigentum

Jerusalem (Fides) – Als „illegale und unrechtmäßige Aneignung“, die „einen gefährlichen Präzedenzfall schafft“, bezeichnete das griechisch-orthodoxe Patriarchat von Jerusalem die Beschlagnahme eines Grundstücks neben dem Kloster des Heiligen Onuphrius im palästinensischen Stadtteil Silwan von Jerusalem, durch israelische Behörden am 15. Juni. In einer am 17. Juni veröffentlichten Erklärung äußerte das orthodoxe Patriarchat von Jerusalem „tiefe Besorgnis über die Razzia und widerrechtliche Aneignung von Land durch israelische Behörden am 15. Juni 2026 auf Kirchengrundstück in Silwan“.

„Während der Operation“, heißt es in der Erklärung, „wurde der Vertreter des Patriarchats vor Ort gewaltsam entfernt. Seine Ausrüstung wurde beschlagnahmt, die Bäume entwurzelt und das Grundstück eingezäunt und mit einem Tor versehen.“ Laut Patriarchat stellt dieser Vorfall „eine unrechtmäßige Aneignung von Kirchengrundstück im Herzen Jerusalems“ dar.

„Das Patriarchat bekräftigt, dass das Grundstück, Parzelle Nr. 6 des Blocks 29985, das in den offiziellen Grundbüchern auf seinen Namen eingetragen ist, an das alte Kloster des Heiligen Onuphrius angrenzt und von großem historischem, archäologischem und religiösem Wert ist. Es weist außerdem die am Tag der Aktion veröffentlichte Erklärung zurück, in der der Eingriff als ‚Rückgewinnung von staatseigenem Land‘ von archäologischer Bedeutung bezeichnet wird“, heißt es in der Erklärung weiter.

In der Erklärung, die Fides vorliegt, heißt es weiter: „Das Patriarchat betont, dass die Beschlagnahme dieses Privateigentums der Kirche mit seinem christlichen Erbe und seiner religiösen Bedeutung einen gefährlichen Präzedenzfall für die Rechte der Kirche in Jerusalem schafft. Es betont ferner, dass die Anwendung einer städtischen Verordnung zur Grünflächenpflege vom 18. April 2019 mit Gültigkeit bis April 2024 keine Rechtsgrundlage für das Roden von Bäumen, die Absetzung des rechtmäßigen Verwalters, die Absperrung von Kirchengelände oder die Verweigerung des Zugangs des Patriarchats zu seinem Eigentum bietet.“

Die Erklärung schließt mit der Äußerung wachsender Besorgnis darüber, dass die Ereignisse in Silwan Teil eines umfassenderen Musters von Übergriffen seien, die darauf abzielten, die einheimische christliche Präsenz im Heiligen Land zu schwächen. Das Patriarchat weist zudem auf die Zunahme von Angriffen gegen Christen und Gotteshäuser hin und verurteilt ein Klima der „inakzeptablen internationalen Toleranz“. Laut der Erklärung wurden im Jahr 2024 insgesamt 111 Angriffe oder Gewalttaten gegen Geistliche, Ordensfrauen, Gläubige und christliche Gemeinden registriert, 35 davon richteten sich gegen Kirchen, Klöster und religiöse Symbole.

(L.M.) (Fides 18/6/2026)

Israel: Pastoren gegen Antisemitismus

KONFERENZ ERMUTIGT ZUM BIBELLESEN

Mehr als 200 Theologen und geistliche Leiter aus mehr als 30 Ländern besuchen den „Jerusalem-Dringlichkeitsgipfel“. Das dreitägige Treffen will Sprachfähigkeit gegen modernen Antisemitismus stärken.

(Von Merle Hofe/ 18. Juni 2026) JERUSALEM (inn) – „Die Uhr schlägt fünf vor zwölf.“ Dies sagte **Jürgen Bühler**, Direktor der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem (ICEJ), auf einer Konferenz. „Pastoren trauen sich nicht mehr, über Israel zu sprechen.“ In der vergangenen Woche hatte die ICEJ 200 Theologen und geistliche Leiter aus mehr als 30 Ländern nach Jerusalem eingeladen. Der Name des Treffens sollte aufhorchen lassen: „Jerusalem-Gipfel – Dringlichkeitsgipfel gegen Antisemitismus“.

Die Veranstalter warnten: Inmitten von Teilen der christlichen Welt sei eine neue Krise entstanden. Die Konferenz solle Pastoren gegen modernen Antisemitismus sprachfähig machen und sie befähigen, sich für die jüdischen Gemeinden an ihren Heimatorten einzusetzen.

Pastoren trauen sich nicht, über Israel zu sprechen

Weiter machte Bühler deutlich: „Die weltweite Lage nach dem 7. Oktober 2023 ist kritisch. Sowohl geistlich als auch politisch.“ Auch inmitten konservativ-christlicher Kreise fänden anti-israelische Sichtweisen Eingang. Der amerikanische Journalist und Fernsehmoderator Tucker Carlson sowie der amerikanische rechtskonservative Politikkommentator Nick Fuentes seien nur die Spitze des Eisberges. „Das größere Problem sind Pastoren und Kirchenleiter, die sich nicht mehr trauen, über Israel zu sprechen.“

Der promovierte Physiker ist überzeugt: „Sie schweigen nicht, weil sie Antisemiten sind oder per se gegen das jüdische Volk sind. Ich denke sogar, dass die meisten insgeheim dem jüdischen Volk positiv gegenüber stehen. Aber die meisten seien nicht sprachfähig. „Mit der Konferenz wollen wir die biblische Klarheit in Bezug auf Israel wiederherstellen und das Zeugnis der Kirche in einer Zeit moralischer Verwirrung stärken.“

Obwohl aufgrund der angespannten Sicherheitslage bis zum Schluss nicht klar war, ob die Gäste anreisen und die dreitägige Konferenz überhaupt stattfinden könne, hielt Bühler an dem Termin fest: „Wir müssen jetzt dringend handeln!“

In einem Videogruß sagte der israelische Staatspräsident Isaak Herzog den christlichen Leitern: „Wir beobachten die verstörende Entwicklung, wie der Antisemitismus auf der ganzen Welt zunimmt. Er ist eine Hauptherausforderung für die Menschheit, vielleicht sogar die älteste Plage der Menschheit. Deshalb“, fügte das Staatsoberhaupt hinzu, „müssen wir zusammenstehen; säkulare und religiöse Leiter müssen den Antisemitismus gemeinsam bekämpfen.“

Rabbiner: Junge Christen kennen ihre Bibel nicht

Auch Rabbiner Pesach Wolicki bestätigte den Eindruck: „In der christlichen Welt gibt es Akteure, die versuchen, einen Keil zwischen Juden und Christen zu treiben. Sie setzen Theologie als Kampfmittel ein. Ein anderes großes Problem ist, dass junge Christen ihre Bibel nicht mehr kennen. Auch wenn sie sich als Christen bezeichnen, lesen sie nicht mehr in der Bibel. Dadurch sind sie empfänglich für schlechte theologische Überzeugungen.“

In den vergangenen Jahren sei ein Anstieg von Ersatztheologie mit einem politischen Einschlag zu beobachten. „Etwa wenn sie behaupten, dass das jüdische Volk kein Recht habe, in diesem Land zu sein. Und dass es nicht christlich sei, Israel zu unterstützen.“

Dabei seien die biblischen Aussagen zu dem Thema deutlich: „Überall in der Bibel ist zu lesen, dass Gott dem jüdischen Volk das Land verheißen hat. Und die am häufigsten wiederholte Prophezeiung der Bibel ist, dass das jüdische Volk eines Tages zurück ins Land kommen wird. Die Rückkehr des Volkes sollte von bibeltreuen Christen als Bestätigung und nicht als Widerspruch angesehen werden.“

Der stark im jüdisch-christlichen Dialog engagierte Rabbiner sagte weiter: „Dass wir zurückgekehrt sind, sollte jedem Bibelleser ein lautes ‚Halleluja‘ entlocken.“

Theologische Neuausrichtung durch Nicäa

Dass sich die Kirche von den jüdischen Wurzeln entfernt habe, hat nach Einschätzung der Veranstalter eine lange Tradition. Ein wichtiger Punkt sei das Konzil von Nicäa im Jahr 325 gewesen.

In einem eindrucksvollen Vortrag schilderte Petra Heldt die Auswirkungen des dort festgelegten Glaubensbekenntnis: „Die frühe Kirche entstand in Jerusalem, sie wurde in Synagogen geprägt und durch Bündnisse mit Abraham, Mose und David gefestigt.“

Die promovierte Pfarrerin erklärte: „Doch im vierten Jahrhundert verlagerte sich politische Macht und der theologische Einfluss nach Westen. In Nicäa hielten theologische Begriffe, die der Heiligen Schrift fremd waren, Einzug in den kirchlichen Wortschatz und prägten den Glauben durch die Brille der griechischen Philosophie.“

Die ICEJ fordert eine Ergänzung des nizänischen Glaubensbekenntnis

Einer der deutlichsten Brüche habe sich in der Festlegung des Osterdatums ereignet. „Bis dahin feierten viele Christen das Pessach-Fest am 14. Nisan, wie es Johannes lehrte und die Gemeinden in Kleinasien praktizierten. Doch Kaiser Konstantin drängte auf einen Kalender ohne jüdische Bezüge: Er schrieb: ‚Dem Brauch der Juden zu folgen, erschien unwürdig‘“.

Die Theologin sieht darin mehr als eine Liturgieänderung, sondern vielmehr die theologische Neuausrichtung, die die jüdische Identität Jesu und der apostolischen Kirche verschleierte. Heldt brachte einen positiven Ausblick: „Doch das Licht erlosch nie. Verbliebene Gemeinden – und die heutigen messianischen Gläubigen – bewahrten die Flamme.“ Und sie gab einen praktischen Hinweis mit: „Unsere Aufgabe ist es, diese Schätze zu entdecken, nicht die Glaubensbekenntnisse aufzuheben; sondern ihre volle Bedeutung wiederherzustellen, die in der Geschichte Israels verwurzelt und im Messias erfüllt ist.“

Die ICEJ hat eine [Bestätigung des nizänischen Glaubensbekenntnis](#) ausgearbeitet, in der sie „jedes Wort des vor 1.700 Jahren verabschiedeten Bekenntnis als einigendes Bekenntnis des christlichen Glaubens bekräftigt“. Gleichzeitig schlägt sie eine Ergänzung vor, in der sie zentrale Auslassungen hinsichtlich der Menschlichkeit Jesu als Jude bekräftigt, „die für die Bestätigung seiner Glaubwürdigkeit als verheißener Messias unerlässlich waren“.

Die Organisation macht deutlich: „Diese vorläufige Erklärung zielt zudem darauf ab, unsere Wertschätzung für die einzigartige und zentrale Rolle Israels, der Patriarchen und der Hebräischen Schriften bei der Entstehung und dem Wachstum des christlichen Glaubens von seinen Anfängen an wiederherzustellen. Jeder neue Satz dieser Erklärung gründet sich fest auf die Wahrheiten des Neuen Testaments.“

„Wir brauchen Macher, keine Statisten“

Der amerikanische Radiomoderator Troy Miller sagte auf der Konferenz: „In früheren Kriegen waren die Schlachtfelder dreidimensional: Das Heer, der Luftraum und das Meer. Doch seit einiger Zeit gibt es den Krieg um Informationen. Die Unterstützung der Rechtskonservativen für Israel hat sich geändert.“

Für Miller ist klar: „Wir können nicht ein Problem des 21. Jahrhunderts mit Mitteln des 20. Jahrhunderts bekämpfen. Deshalb brauchen wir ‚creators‘, Menschen, die selber Inhalte erstellen, und keine Pressesprecher.“ Christen seien angehalten, zu fragen, wo ihr Platz sei. Sie müssten sich mit den Inhalten identifizieren.

ICEJ-Vizepräsident David Parsons ist überzeugt: „Viele Christen sagen uns: ‚In den 1930er Jahren haben wir zu den Ereignissen in Deutschland geschwiegen.‘ Wir sind besorgt, dass es jetzt in evangelikalen Kreisen zwar Christen gibt, die an Israels Seite stehen, die aber Angst haben, das offen zu bekunden.“

Mit den Inhalten der Konferenz könnten Christen weiterarbeiten. Der Gipfel sei nur ein Anfang und müsse unbedingt wiederholt werden. Zwei Teilnehmer aus Ostfriesland fahren erfüllt nach Hause. „Die vielen Inhalte müssen wir erst noch sacken lassen. Aber eines können wir jetzt schon sagen: Der amerikanische Pastor Robert Stearns rief uns auf: ‚Erweitert euer Feld. Wir müssen die Bewegung vergrößern.‘ Die Verantwortung liegt bei uns.“

Die Vorträge der Konferenz können [hier](#) mit Registrierung nachgehört werden.

Kenia: Mutmaßlicher Mörder von Pfarrer Bett festgenommen

Nairobi (Fides) – Die kenianische Polizei hat am 10. Juni den mutmaßlichen Hauptverdächtigen im Zusammenhang mit dem Mord an Pfarrer Alloys Cheruiyot Bett festgenommen. Der Priester war in der Region Tot im Kerio-Tal auf dem westlichen Hochplateau Kenias erschossen worden.

Der Verdächtige, Meshack Kilimo, wurde festgenommen, nachdem er im selben Gebiet des Kerio-Tals während eines Landstreits einen anderen Mann mit einem Pfeil getötet hatte.

Zablon Okoyo, Polizeichef des Bezirks Kerio Valley East, bestätigte die Festnahme des Hauptverdächtigen im Mordfall des Priesters und erklärte, dass dieser derzeit verhört werde. Meshack Kilimo wurde in der Stadt Iteh und im Zusammenhang mit dem Landstreit einem Richter vorgeführt.

„Die Kriminalpolizei (DCI) ermittelt in dem Fall und versucht, eine Verbindung zum Priester herzustellen. Dieser weitere Fall wird aufgeklärt werden“, sagte der Polizeichef.

Pfarrer Bett wurde am 22. Mai 2025 nach der Messe in einer kleinen christlichen Gemeinde in Kabbiken von bewaffneten Männern erschossen. Am 3. Juni wurden die Leichen zweier Männer, deren Tod in Zusammenhang mit dem Mord an dem Priester gebracht wurde, an der Straße zwischen Mogotio und Kiptuno im Bezirk Nakuru gefunden.

Ihre Familien, die sie am 30. Mai als vermisst meldeten, behaupten, ihre Tötung stehe im Zusammenhang mit dem Mord an dem Priester. Laut Familienangehörigen wurden die beiden Männer, Simon Yego (45) und Collins Kipyatich (22), am Morgen desselben Tages, innerhalb weniger Stunden, im Dorf Tot entführt, wo auch Pfarrer Bett am 22. Mai getötet worden war.

Die Autopsie bestätigte, dass die beiden Opfer vor ihrem Tod brutal gefoltert worden waren. Damals berichteten einige Quellen über eine mögliche Beteiligung von uniformierten Beamten oder Angehörigen der Sicherheitskräfte an der Entführung. Der Tod der beiden Männer verleiht dem Mord an dem Priester in einer Region, die ohnehin von starken Spannungen aufgrund der Präsenz krimineller Banden geprägt ist, ein weiteres bisher unaufgeklärtes Element.

(L.M.) (Fides 12/6/2026)

Norwegen: Erster Marsch für das Leben seit 40 Jahren

Rund 1.000 Lebensschützer demonstrierten in Oslo gegen Abtreibung

Oslo (IDEA) – Rund 40 Jahre nach dem letzten Marsch für das Leben in Norwegen haben sich am 13. Juni rund 1.000 Lebensschützer in Oslo zu einem öffentlichen Zeugnis für das ungeborene Leben versammelt. Das berichtet unter anderem die katholische Nachrichtenplattform EWTN News. Nach einer Kundgebung zogen die Teilnehmer durch die Innenstadt der norwegischen Hauptstadt und hörten Reden vor dem norwegischen Parlament. Organisiert wurde der Marsch von der Lebensschutzorganisation „Velg Livet“ (Wähle das Leben). Auf Bannern war unter anderem die Zahl „650.000 seit 1978“ zu lesen – ein Verweis auf die Zahl der Abtreibungen in Norwegen seit der Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes. Die Direktorin von Velg Livet, Cecilie Marie Røinås, erklärte gegenüber EWTN, der Marsch sei eine Antwort auf jüngste Ausweitungen des norwegischen Abtreibungsrechts. „Es ist wichtig, dass wir weiterhin eine Stimme für das ungeborene Leben sind und nicht so tun, als sei die Diskussion vorbei.“ Dass viele junge Menschen an der Organisation des Marsches beteiligt gewesen seien, zeige, „dass die Frage der Abtreibung keine verlorene Sache ist“. Nach einer Gesetzesreform sind seit Juni 2025 in Norwegen Abtreibungen bis zur 18. Schwangerschaftswoche erlaubt. Zuvor lag die Grenze dafür bei zwölf Wochen.

Politische Minderheit, aber wachsendes Bewusstsein

Laut der Vorsitzenden der Jugendorganisation der norwegischen Christdemokratischen Partei (Kristelig Folkepartis Ungdom), Ingrid Olina Hovland, bilden Politiker, die für den Lebensschutz eintreten, in Norwegen weiterhin eine Minderheit. Sie sprach bei der Veranstaltung vor dem Parlament. Dabei beklagte sie, dass sich die öffentliche Diskussion vor allem auf Gesundheitsversorgung und Frauenrechte beschränke, ungeborenen Kindern werde weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Das Argument, wirtschaftliche Not sei der Hauptgrund für Abtreibungen, lasse sich angesichts des norwegischen Sozialstaates kaum aufrechterhalten, so die Politikerin. „Auch in einer Gesellschaft mit großzügigen Sozialleistungen bleibt die grundlegende Frage: Welchen moralischen Wert messen wir dem ungeborenen menschlichen Leben bei, und wie soll dieser Wert gegenüber anderen Interessen und Rechten gewichtet werden?“ Hovland zeigte sich verhalten optimistisch, dass jüngere Norweger zunehmend bereit seien, sich ernsthaft mit den moralischen Dimensionen der Abtreibung auseinanderzusetzen. Die Pressesprecherin der norwegischen katholischen Bischofskonferenz, Ragnhild Helena Aadland Høen, hob die konfessionsübergreifende Einheit bei der Veranstaltung hervor: „Katholiken, Lutheraner, Pfingstler und Evangelikale standen Seite an Seite.“ Anders als bei der Demonstration 1986, die von teils gewaltsamen Gegenprotesten begleitet war, habe man diesmal „in Frieden gehen“ dürfen.

Bischof sieht Zeichen eines Wandels in Norwegen

Der katholische Bischof von Oslo, Fredrik Hansen, – selbst aufgrund anderer Verpflichtungen beim Marsch nicht anwesend – bezeichnete diesen gegenüber EWTN als Beleg für einen breiteren Wandel in der norwegischen Gesellschaft: „Der Oslo Marsch für das Leben zeugt vom wachsenden Interesse und Engagement für die Verteidigung des Lebens und der Würde des Lebens in Norwegen.“ Er hoffe, dass der Marsch zu einer jährlichen Veranstaltung und zu einem verbindenden Glied zwischen den Lebensschutzorganisationen des Landes werde. Hansen verwies zudem auf Zeichen religiöser Erneuerung in dem als säkular geltenden Land: „Das Interesse am Christentum nimmt zu, vor allem unter jungen Menschen.“ Er rief die Katholiken weltweit zum Gebet für Norwegen auf.

Pakistan: Gefälschte Dokumente bei Entführung und Zwangsheirat

ICC-Nachrichten & Berichte - Am 6. Juni gaben christliche Menschenrechtsaktivisten und Rechtsexperten während einer Pressekonferenz in Lahore, Pakistan, bekannt, dass die Dokumente, die zur Bestätigung der Ehe der 13-jährigen Maria Shahbaz verwendet wurden, in großem Umfang gefälscht waren. Diese Dokumente wurden dem Bundesverfassungsgericht (FCC) von dem 30-jährigen Entführer Muhammad Shehryar vorgelegt. Bereits im März hatte das FCC entschieden, dass die Ehe zwischen Shehryar und Shahbaz sowohl nach pakistanischem Recht als auch nach islamischem Recht gültig sei. Das Gericht stützte seine Entscheidung auf die Feststellung, dass Maria älter aussah als sie tatsächlich war.

In dem Urteil wurde zudem festgestellt, dass es einem muslimischen Mann nach islamischem Recht gestattet ist, Frauen aus der „Ahl-e-Kitab“ (Leute des Buches) zu heiraten. Auf Grundlage dieser Punkte wies das Gericht den Antrag der Familie auf Rückgabe ihrer Tochter zurück. Menschenrechtsaktivisten und Rechtsexperten haben dieses Urteil nun angefochten und behaupten, dass die dem Gericht vorgelegten Schlüsseldokumente vollständig gefälscht seien. Sie wiesen auf mehrere gravierende Mängel in den Beweisen hin:

- Auf der Nikahnama (Heiratsurkunde) fehlten Marias Unterschrift/Daumenabdruck sowie ihre nationale Ausweisnummer.
- Der muslimische Geistliche, der auf der Heiratsurkunde als Trauzeuge aufgeführt ist, hat offiziell bestritten, die Trauung durchgeführt oder bezeugt zu haben.
- Marias Aussage, die vor dem Richter zu Protokoll genommen wurde, war in englischer Sprache verfasst. Maria spricht jedoch nur Punjabi. Dies wirft ernsthafte Zweifel daran auf, ob die Aussage tatsächlich von ihr stammt oder ob sie überhaupt verstanden hat, was dort geschrieben stand.

Rechtsexperten erklären, dass dieser Fall tiefgreifende systemische Mängel und Gesetzeslücken innerhalb der pakistanischen Justiz und Strafverfolgung aufzeigt. Die Tatsache, dass ein Täter es wagte, einem der höchsten Verfassungsgerichte des Landes vollständig gefälschte Dokumente vorzulegen und zu gewinnen, zeigt, wie unantastbar sich Kriminelle gegenüber dem Gesetz fühlen.

Trotz dieser enormen Herausforderungen hat Marias Familie nicht aufgegeben. Ihr Vater, Shahbaz Masih, reichte am 30. April einen Antrag auf Überprüfung ein, um das Urteil des Gerichts anzufechten. Aktivisten, Anwälte und Mitglieder der Gemeinde erheben weiterhin ihre Stimmen, um eine vollständige Überprüfung dieser gefälschten Dokumente zu fordern. Die örtliche christliche Gemeinde steht der Familie weiterhin zur Seite und betet für Gerechtigkeit für Maria und für ihre sichere Rückkehr zu ihren Eltern. Jedes Jahr werden in Pakistan etwa 1.000 junge Mädchen – viele von ihnen sind Christinnen – aus ihren Häusern entführt.

Diese Mädchen werden oft erst Monate später gefunden, nachdem sie gezwungen wurden, zum Islam zu konvertieren und ältere muslimische Männer zu heiraten. Wenn die Eltern eines Mädchens versuchen, ihre Tochter vor Gericht zurückzufordern, können sie oft keine Geburtsurkunde vorlegen, um zu beweisen, dass sie minderjährig ist. Infolgedessen spricht der Richter dem Mann oft das Sorgerecht für das Mädchen zu und verwehrt den Eltern jede Chance, ihre Tochter zu sehen.

Diese Mädchen werden oft erst Monate später gefunden, nachdem sie gezwungen wurden, zum Islam zu konvertieren und ältere muslimische Männer zu heiraten. Wenn die Eltern eines Mädchens versuchen, ihre Tochter vor Gericht zurückzufordern, können sie oft keine Geburtsurkunde vorlegen, um zu beweisen, dass sie minderjährig ist. Infolgedessen spricht der Richter dem Mann häufig das Sorgerecht für das Mädchen zu und verwehrt den Eltern damit jede Chance, ihre Tochter jemals wiederzusehen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Russland und Zentralasien: Bitte beten Sie für uns!

(Licht im Osten) Eine Glaubensschwester berichtet: „Wir setzen unsere evangelistischen Bemühungen in unserer Stadt in Russland fort. Natürlich ist dies nicht immer einfach, im Gegenteil, es wird immer schwieriger. Evangelisation ist derzeit noch möglich, jedoch nur unter vier Augen oder als Gruppe von maximal zwei Personen. Dabei müssen die entsprechenden Vollmachten einer Mission oder Gemeinde mitgeführt werden. Wir sind auch dafür dankbar. Die Menschen nehmen das Evangelium unterschiedlich auf. Jugendliche sind eher empfänglich da-für. Inmitten von Willkür und Wahnsinn sind das Licht und der Friede, die das Evangelium bringt, eine echte Freude, etwas, das jeder Mensch braucht.“ **Bitte beten Sie dafür,**

> dass unsere Geschwister viel Weisheit und Geschick darin haben, wo und wie sie den Menschen mit dem Evangelium begegnen. „Vor einem Monat war ich in Kasachstan: In einer Stadt gibt es eine große, schöne Baptistenkirche mit 600 Plätzen. Im Gottesdienst sitzen 150 bis 200 Besucher. Die aktuellen Statistiken sind sehr traurig: Die Menschen verlassen die Kirchen und es kommen keine neuen Mit-glieder hinzu. Wenn jedoch einige Kirchen schrumpfen oder schließen, werden gleichzeitig neue gegründet. Es herrscht ein Gleichgewicht in der spirituellen Welt. In Russland ist die Tendenz ähnlich. Die größte Baptistenkirche in unserer Stadt zählte noch vor sieben Jahren 1.500 Mitglieder. Im vergangenen Jahr wurden alle Mit-glieder neu gezählt – es waren nur noch 700. Und zum Gottesdienst kommen nur halb so viele. Unsere Gemeinde war klein, aber auch sie ist deutlich geschrumpft. Einige sind aus der Stadt weggezogen, andere aus dem Land. Diejenigen, die vor Jahren zum Glauben gekommen sind, sind Christus treu geblieben. Aber die Jugendlichen und die neu dazugekommenen Menschen sind ein großes Problem. Wenn wir evangelisieren, dürfen wir zwar über Christus reden, aber wir dürfen niemanden in unsere Kirche einladen.

> **Bitte beten Sie für uns“;**

> und besonders dafür, dass diejenigen, die erst vor Kurzem zum Glauben gekommen sind, in Gottes Wort und durch ermutigende Erfahrungen mit unserem Herrn fest in ihm verwurzelt werden. „Gottes Kinder brauchen nicht traurig zu sein, denn

Christus hat uns vorgewarnt: ‚Fürchte dich nicht, du kleine Herde.‘ Natürlich sind die Menschen verwirrt und enttäuscht, wenn sie sehen und hören, was in der Welt vor sich geht. Sie verstehen nicht, was geschieht und wohin wir gehen. Am liebsten würde man sich verstecken. Aber wohin soll man fliehen? Unsere Antwort lautet: zu Christus und nur zu ihm. Er sagt: ‚Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben.‘“

Beten wir dafür,

> dass die großen Unsicherheiten, die die Menschen dort spüren, sie offen machen für den festen Anker für Zeit und Ewigkeit, den sie in Christus finden können.

„Ich freue mich über meinen Neffen in Kasachstan. Die Gemeinde, in der er ist, wurde vor kurzem gegründet. In den eineinhalb Jahren sind etwa 70 junge Menschen in die Gemeinde gekommen. Das bestätigt das ‚Gleichgewicht‘, von dem ich oben sprach. Mein Neffe wurde als Jugendpastor ordiniert. Er ist noch keine 30 Jahre alt und hat zwei kleine Kinder.

> **Bitte beten Sie für ihn und seinen Dienst unter den Jugendlichen.**

„Ein weiterer Neffe von mir unterrichtet an theologischen Seminaren und hält Schulungen in Usbekistan. Er organisiert zusammen mit seinem Bruder christliche Jugendcamps, an denen viele Nichtchristen aus muslimischen Familien teilnehmen.

> **Bitte beten Sie auch für diesen Dienst.“**

Russland: Pastor Yury Sipko als Terrorist eingestuft

Der frühere Baptistenpräsident kritisierte den Krieg gegen die Ukraine

Moskau (IDEA) – Russische Behörden haben den baptistischen Pastor Yury Sipko als Terroristen eingestuft. Seit dem 28. Mai wird sein Name auf der Liste des Föderalen Finanzaufsichtsdienstes Rosfinmonitoring geführt. Darüber berichtet die Menschenrechtsorganisation International Christian Concern (ICC/Washington). Rosfinmonitoring ist die russische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Mit der Einstufung als Terrorist sind Sipko sämtliche finanziellen Transaktionen sowie die Ausreise aus dem Land untersagt. Der 74-Jährige war früher Präsident der Russischen Union der Evangeliumschrinden-Baptisten (RUECB/2002–2010) und Vizepräsident der Weltallianz der Baptisten (2005–2010). Er hatte sich wiederholt gegen den russischen Krieg in der Ukraine ausgesprochen.

Strafverfahren wegen Kritik am Krieg

Bereits im August 2023 hatte das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation ein Strafverfahren gegen Sipko eingeleitet. Ihm wurde vorgeworfen, Falschinformationen über das russische Militär verbreitet zu haben. Im Zuge der Ermittlungen wurde sein Wohnhaus durchsucht, ein Video davon veröffentlicht. Sipko floh im Herbst 2023 nach Deutschland, wo er bis heute lebt. Auch hier [äußerte er sich mehrfach kritisch](#) gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA über den Ukraine-Krieg: „Wie kann ich schweigen, wenn morgens die Nachrichten damit beginnen, dass ein russischer General mir erklärt, unsere Armee habe in einem ukrainischen Dorf ‚50 Terroristen‘ eliminiert, obwohl es um unschuldige Bürger geht?“

„Hoppla! Sind die jetzt völlig durchgedreht?“

Auf Nachfrage zeigte sich Sipko gegenüber IDEA recht amüsiert darüber, nun als Terrorist gelistet zu sein: „Mein erster Eindruck – Hoppla! Was ist denn da los? Sind die jetzt völlig durchgedreht? Das ist lächerlich!“ Einen aktuellen Auslöser für die Einstufung konnte der Geistliche nicht nennen. Möglicherweise gebe es Vorschriften, die die Vorgehensweise bei der Verfolgung von Kritikern festlegten. „Ich bewerte diese Aufmerksamkeit mir gegenüber als Fortsetzung ihrer ausufernden Bosheit“, so Sipko zum Vorgehen der russischen Behörden. An sich habe die Listung als Terrorist und die damit verbundene Sperrung von Bankkonten für ihn keine Auswirkungen: Er besitze nichts. Doch für Unterstützer und Freunde könne es durchaus negative Folgen haben, wenn sie auf Aussagen von ihm – dem Terroristen – in den sozialen Medien reagieren, so der 74-Jährige. Laut Sipko ist solch ein Umgang Russlands mit Kritikern nicht neu, sondern schon lange Teil seiner „Politik der Angstmacherei und Unterdrückung jeglicher Versuche, die Wahrheit zu sagen“. Als Beispiel nannte er Nikolay Romanyuk. Ein Gericht hatte den pfingstkirchlichen Pastor im September 2025 wegen der Kritik am Ukraine-Krieg zu [vier Jahren Haft in einer Strafkolonie](#) verurteilt. Sipko betonte: „Das terroristische Regime in Russland ist totalitär.“ Illusionen über das Vorhandensein gewisser Freiheiten seien meist bewusste Propaganda der Machthaber. Das gelte auch für die Religionsfreiheit. „Jeder Ausdruck der eigenen Freiheit, jede Verweigerung der Unterstützung, geschweige denn jede öffentliche Äußerung von Dissens gegenüber den Handlungen der Machthaber wird bereits im Keim erstickt.“ Von den rund 144 Millionen Einwohnern Russlands sind laut der dortigen Evangelischen Allianz Russlands rund 70 Prozent russisch-orthodox, sechs Prozent Muslime und ein Prozent Protestanten.

Somalia: Lage nach Ausschreitungen in Mogadischu angespannt

Mogadischu (Fides) - Die Lage in Mogadischu ist angespannt. Sicherheitskräfte eröffneten das Feuer auf Anwohner, die im Stadtteil Abdiiaziz gegen die Demolition von Häusern protestierten. In der Nähe der Straße zum Lido-Beach, unweit des Hauptquartiers der Polizeitransportbehörde, kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Augenzeugen berichteten, dass die Sicherheitskräfte Schüsse abgaben, um die Menge aufzulösen, die daraufhin Steine auf die Beamten warf. Die Auseinandersetzungen zwangen viele Bewohner zur Flucht aus Teilen des Stadtteils und schürten die Angst vor einer weiteren Eskalation der Gewalt.

Die Spannungen waren bereits seit dem 10. Juni hoch, als im Stadtteil Wadajir, in der Nähe des Al-Jazeera-Hotels und des internationalen Flughafens Aden Adde, wo einige der wichtigsten Oppositionellen leben, ein massives Sicherheitsaufgebot stationiert wurde. Über Nacht wurden die Sicherheitsmaßnahmen jedoch teilweise gelockert.

Die beiden Verwaltungsbezirke Abdiiaziz und Wadajir grenzen zwar nicht aneinander, doch beide Vorfälle stehen im Zusammenhang mit der politischen Krise, die nach Präsident Hassan Sheikh Mohamuds Entscheidung ausbrach, sein eigenes Mandat zu verlängern. Dieses endete am 15. Mai, während die Legislaturperiode des Parlaments am 14. April ablief. Laut Mohamud würden die vom Parlament Anfang des Jahres verabschiedeten Verfassungsänderungen die beide Amtszeiten verlängern und zu einer Verschiebung der Wahlen führen. Die Opposition hält diese Auslegung für verfassungswidrig.

Die von der Opposition organisierten Proteste wurden gewaltsam niedergeschlagen. Am 3. Juni begannen in zentralen Stadtteilen, darunter Howlwadag, Zusammenstöße, die sich rasch auf Abdiiaziz ausbreiteten – wo der ehemalige Präsident Sharif Sheikh Ahmed eine Residenz zur Koordinierung der Oppositionsaktivitäten nutzte – sowie auf Wadajir, Hodan und weitere Bezirke der Hauptstadt. Die Gewalt forderte Dutzende Tote, Hunderte Verletzte und vertrieb Tausende Bewohner aus den betroffenen Gebieten.

Die Spannungen verschärfen sich weiter, als eine Gruppe bewaffneter Männer, mutmaßlich Angehörige eines Clans aus der Region Middle Shabelle, die wichtigste Küstenstraße aus Mogadischu heraus blockierte. Diese strategisch wichtige Handels- und Transportader verbindet die somalische Hauptstadt mit Teilen der Regionen Galgaduud und Hiiraan. Die Blockade dürfte den Güterverkehr, den öffentlichen Nahverkehr und die Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung entlang der Straße erheblich beeinträchtigen. Die Gründe für die Aktion sind derzeit unbekannt, sie steht jedoch eindeutig im Zusammenhang mit der tiefen politischen Unsicherheit, in die das Land gestürzt ist.

(LM) (Fides 11/06/2026)

Südafrika: Über 7.000 Malawier warten in Durban auf die Ausreise

Johannesburg (Fides) – Über 7.000 malawische Staatsbürger sitzen im Aufnahmезentrum „Sherwood Hall“ in Durban im Osten von Südafrika fest und warten auf eine Rückkehr in ihr Heimatland.

Die meisten von ihnen fühlen sich von der fremdenfeindlichen Gewalt bedroht, die Tausende von Migranten seit Wochen zur Flucht aus Südafrika gezwungen hat. Sie mussten ihre Häuser, Arbeitsplätze und ihren Besitz zurücklassen. Andere haben sich aufgrund der Ungewissheit um ihre persönliche Sicherheit, die durch die Ankündigung restriktiver Migrationspolitik von Präsident Cyril Ramaphosa noch verschärft wurde, zur Ausreise entschlossen. Im Verborgenen operierende fremdenfeindliche Gruppen, die in den Vororten, Gewerbegebieten und informellen Siedlungen, die von Migranten bewohnt werden, aktiv sind, haben Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung aufgefordert, Südafrika bis zum 30. Juni zu verlassen. Die Lage in „Sherwood Hall“ ist dramatisch. Innerhalb von nur sechs Tagen ist die Zahl der Malawier, die ihre Rückführung beantragen, von unter 100 auf 6.000 und mittlerweile auf über 7.000 gestiegen. Viele Familien leben unter extrem beengten Verhältnissen und sind auf Hilfe angewiesen, in der Hoffnung, bald nach Malawi zurückkehren zu können. Die malawischen Konsularbehörden haben Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die freiwillige Rückführung zu unterstützen. Unter anderem sollen Sammelpässe mit den Namen aller Fahrgäste jedes Busses ausgestellt werden. Ein solches Dokument soll die Durchreise durch Länder wie Simbabwe und Mosambik auf der Rückreise erleichtern. Es kommt jedoch zu Verzögerungen, vor allem aufgrund von verspäteten Bussen, logistischen Problemen und Berichten über Finanzierungslücken.

Bislang wurden lediglich acht Busse bereitgestellt, wodurch Tausende Menschen weiterhin festsitzen. Migranten wurde zudem mitgeteilt, dass keine zusätzlichen Mittel für Rückführungen zur Verfügung stehen und dass diejenigen, die nicht freiwillig zurückkehren können, in das Rückführungszentrum „Lindela“ in Krugersdorp bei Johannesburg verlegt werden könnten.

Das Camp „Lindela“ ist Südafrikas wichtigste Abschiebezentrum für irreguläre Migranten, die auf ihre Ausreise warten. Das Zentrum steht seit Langem wegen seiner Aufnahmebedingungen, der hohen Betriebskosten – da es von privaten Betreibern geführt wird –, Korruptionsvorwürfen und des chronischen Mangels an freien Plätzen in der Kritik.

(L.M.) (Fides 15/6/2026)

Südsudan: Muslime greifen Christen in der Kirche eines Flüchtlingslagers an

ICC-Nachrichten & Berichte - Eine Gruppe von Muslimen drang kürzlich in die Kirche von Drake Haron im Flüchtlingslager Gorom im Südsudan ein und griff ihn an. Haron hatte mit solcher Gewalt gerechnet, seit er den Islam verlassen hatte, um Jesus nachzufolgen.

Der Angriff, der sich am 28. Mai ereignete, zerstörte die friedliche Atmosphäre in der kleinen Flüchtlingskirche.

Haron, ein sudanesischer Christ, der als Vertriebener im Flüchtlingslager Gorom lebt, wurde innerhalb der Mauern seiner Kirche angegriffen – einem Ort, der für diese Gemeinschaft nicht nur eine spirituelle Zuflucht darstellt, sondern auch eine der letzten verbleibenden Bastionen der Sicherheit, Würde und gemeinschaftlichen Identität in einem ohnehin schon äußerst prekären Umfeld.

„Für mich ist es ein Privileg, Christ zu sein“, sagte Haron. „Die Tatsache, dass Jesus für meine Sünden sterben musste, damit ich gerettet werde, bedeutet mir sehr viel. Aufgrund dieser Tatsache habe ich mich entschieden, ihm zu folgen und seinen Willen zu tun, nämlich das Evangelium zu verkünden.“

Die Täter sind nach wie vor unbekannt. Der Angriff erfolgte ohne Provokation und wurde an einem Ort verübt, der nach allen Maßstäben menschlicher Anständigkeit und internationalen Normen ein geschützter Raum hätte sein müssen.

Für verfolgte und vertriebene Christen ist die Kirche nicht nur ein Gebäude. Sie ist die letzte verbliebene Institution der Hoffnung. Dort werden Traumata verarbeitet, dort finden Vertriebene Gemeinschaft, und dort wird der Glaube trotz überwältigender Widrigkeiten am Leben erhalten.

Wenn Gewalt in einen heiligen Raum eindringt, verletzt sie nicht nur eine Person – sie verletzt eine ganze Gemeinschaft von Gläubigen. Sie sendet ein Signal an eine schutzbedürftige Gemeinschaft, dass es nirgendwo sicher ist. Haron hatte jedoch damit gerechnet, Gewalt zu erleben, als er den Islam verließ, um Christus nachzufolgen.

„Als Muslim zum Christentum überzutreten, bringt mich und viele andere in Gefahr, aber das, wozu Gott mich befreit hat, ist das Risiko wert“, sagte er. „Aus menschlicher Sicht gibt es Angst, aber wenn ich mich an die Verheißungen Gottes in Jesus Christus erinnere, werde ich mutig und stark. Doch diese Drohungen haben mich nie davon gebracht, meine Entscheidung, Christ zu sein, zu ändern.“

Trotz des Leids und der Ungewissheit bleibt Haron standhaft in seinem Glauben und hat um Gebet und Unterstützung gebeten.

„Ich bitte euch, uns stets in euren Gebeten zu erwähnen, damit wir stark im Glauben bleiben und seinen Willen tun“, sagte er. „Wir sind zuversichtlich, dass unsere muslimischen Familien eines Tages durch die Kraft unseres Herrn Jesus Christus gerettet werden. Bis dahin werden wir wachsam sein, damit wir beim Verkünden des Evangeliums nicht angegriffen und verfolgt werden.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Ukraine: Kiewer Höhlenkloster bei russischem Angriff in Brand geraten

Selenskyj spricht von schwerem Verbrechen gegen christliche Kultur

Kiew (IDEA) – Bei einem russischen Raketenangriff auf die ukrainische Hauptstadt Kiew ist die Hauptkirche des zum UNESCO-Weltkulturerbe zählenden Kiewer Höhlenklosters in Brand geraten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj [sprach](#) auf dem Kurznachrichtenkanal X (ehemals Twitter) von einem der „schwerwiegendsten Verbrechen, die Russland bislang gegen die christliche Kultur begangen hat“. Vor allem die Mariä-Entschlafens-Kathedrale wurde getroffen, das Dach stand in Flammen. Laut Selenskyj sind in der Nacht zum 15. Juni insgesamt 70 Raketen und 611 Drohnen gegen die Ukraine eingesetzt worden, davon mehr als 60 Raketen allein gegen die Hauptstadt. In Kiew seien vier Menschen getötet und 28 verletzt worden. Auch die Regionen Kiew, Dnipro, Donezk, Saporischschja, Sumy und Mykolajiw seien angegriffen worden. Nach Angaben des ukrainischen Staatlichen Rettungsdienstes konnte der Brand auf dem Dach des Klosters gelöscht werden. Ikonen und andere Heiligtümer wurden in Sicherheit gebracht. Russland wies die Verantwortung für die Schäden am Höhlenkloster zurück. Laut dem russischen Verteidigungsministerium ist eine US-Luftabwehrrakete vom Typ Patriot auf dem Klostergelände eingeschlagen.

Reaktionen aus Europa

Die Kommissionspräsidentin der Europäischen Union (EU), Ursula von der Leyen, [äußerte sich auf X](#) bestürzt über den Angriff. Beim Treffen der G7-Staaten vom 15. bis 17. Juni in Evian (Frankreich) werde man über weitere Schritte beraten, um den Druck auf Russland zu erhöhen und Präsident Wladimir Putin an den Verhandlungstisch zu bringen. Auch der französische Staatspräsident Emmanuel Macron [äußerte sich auf X](#). Das Kiewer Höhlenkloster sei „einer der bedeutendsten Orte der ukrainischen Orthodoxie“. Nichts rechtfertige diesen Angriff auf das „universelle Erbe“, ebenso wenig wie den seit mehr als vier Jahren von Russland geführten Angriffskrieg gegen die Ukraine. Frankreich sei bereit, mit den für das Kulturerbe zuständigen ukrainischen Behörden zusammenzuarbeiten. Der Angriff stärke nur die Entschlossenheit, gemeinsam mit den Verbündeten und Partnern auf eine Waffenruhe hinzuwirken, die Russland weiterhin „hartnäckig verweigere“, und anschließend auf einen Frieden. Dafür werde man sich beim G7-Gipfel in Evian einsetzen.

Das Kiewer Höhlenkloster

Das Kiewer Höhlenkloster liegt am Westufer des Dnepr südlich des Stadtzentrums von Kiew. Seit seiner Gründung im Jahr 1051 ist es eines der wichtigsten Zentren des orthodoxen Christentums. Der von Mauern umgebene Komplex teilt sich in die obere und die untere Lawra und umfasst rund 140 Gebäude, darunter den 88 Meter hohen Glockenturm, die Dreifaltigkeitstor-Kirche und die Mariä-Entschlafens-Kathedrale. Seit 1990 gehört die Anlage zum UNESCO-Welterbe. Das Kloster gehört dem ukrainischen Staat.

USA und Iran: Einigung für Rahmenabkommen

VERHANDLUNGEN ZUM ATOMPROGRAMM SOLLEN FOLGEN

Nach wochenlangen Verhandlungen einigen sich die USA und der Iran auf einen Rahmen für ein Kriegsende. Anders als vom Iran angedacht behält sich Israel Handlungsfreiheit im Libanon vor.

Von Israelnetz

- 15. Juni 2026

WASHINGTON (inn) – Die USA und der Iran haben sich nach eigenen Angaben auf ein Rahmenabkommen zur Beendigung des Krieges geeinigt. Es soll am Freitag in Genf unterschrieben werden. Es sieht unter anderem die Öffnung der Straße von Hormus vor sowie die Aufnahme von zweimonatigen Gesprächen zum iranischen Atomprogramm.

US-Präsident Donald Trump erklärt am Sonntag, er habe das Ende der amerikanischen Blockade in der Straße von Hormus angeordnet und die gebührenfreie Nutzung des Seeweges genehmigt. „Schiffe dieser Welt, werft die Maschinen an. Lasst das Öl fließen!“, schrieb der Republikaner in den Sozialen Netzwerken. Der stellvertretende iranische Außenminister Kasem Gharibabadi erklärte, zu den anstehenden Verhandlungen gehörten auch die Aufhebung der Sanktionen sowie Aufbauhilfen.

Libanon als Streitfrage

Das Abkommen hat Pakistan mit Unterstützung Katars, der Türkei und Saudi-Arabiens vermittelt. Nach pakistanischer und iranischer Darstellung umfasst es auch eine Feuerpause im Libanon. So erklärte der pakistanische Regierungschef Schebas Scharif (Muslimische Liga) am Sonntagabend, es gehe um die „dauerhafte Beendigung militärischer Operationen an allen Fronten, inklusive dem Libanon“.

Israel betonte jedoch umgehend, dass eine Vereinbarung mit dem Iran nichts mit dem Libanon zu tun haben dürfe. Premier Benjamin Netanjahu (Likud) erklärte in der Nacht zum Sonntag israelischer Zeit in einem Telefonat mit Trump, dass die israelische Armee weiter im Libanon stationiert bleiben werde, um gegen die Terrormiliz Hisbollah zu kämpfen.

Zuvor hatte das israelische Sicherheitskabinett getagt. Laut Medienberichten hat Netanjahu vollen Rückhalt der Minister für seine Position. Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz (Likud) erklärte am Montag, Israel werde seine Sicherheitszonen im Libanon sowie in Syrien und im Gazastreifen beibehalten, um die israelischen Ortschaften „vor dschihadistischen Elementen zu schützen“. Diese Zonen gehörten zu den größten Erfolgen der israelischen Armee.

Israelische Opposition: Netanjahu kann es nicht mehr

Trump lobte derweil auch den russischen und den chinesischen Präsidenten, Wladimir Putin und Xi Jinping. Dagegen kritisierte er in einem Gespräch mit der „New York Times“ Netanjahu als „schwierig“. Dieser habe mit den Militärschlägen im Libanon das aktuelle Abkommen gefährdet.

Vergangene Woche hatte Netanjahu einen geplanten Großangriff auf den Iran abgesagt. Der Angriff hätte eine Reaktion auf eine vom Iran auf Israel abgefeuerte Rakete sein sollen. Israelische Krankenhäuser begannen bereits damit, einen Teil ihrer Aktivitäten in unterirdische Parkhäuser zu verlegen, wie es bei Erwartung größerer Kampfhandlungen üblich ist.

Durch den Rückzieher zog Netanjahu die Kritik der Opposition auf sich. Auch im nun bekannt gewordenen Abkommen sehen die politischen Gegner Netanjahus einen Ausdruck seiner Schwäche. „Die Zeit ist gekommen zu begreifen, dass Netanjahu es einfach nicht mehr kann“, meinte Oppositionsführer Jair Lapid (Jesch Atid). Der amerikanische Präsident könne Netanjahu sagen, was er zu tun und zu lassen habe.

Netanjahu: Einig mit Trump

Am Freitag betonte Netanjahu, der Iran werde keine Atomwaffe erlangen, solange er Regierungschef sei. „Präsident Trump und ich stimmen in dieser Angelegenheit vollkommen überein.“

Trump erklärte seinerseits am Samstag, sein Abkommen werde sicherstellen, dass der Iran keine Atomwaffe erlange. Das amerikanische Militär werde zu gegebener Zeit, „wenn alles wieder ruhig ist“, das angereicherte Uran, das unter den Trümmern der angegriffenen Atomanlagen liege, aus dem Land schaffen. Sollte der Iran nicht kooperieren, „haben wir die ultimative Alternative, die hoffentlich nicht noch einmal benutzt wird“, betonte Trump wohl mit Blick auf den Einsatz schwerer Bomber.

Finanzhilfen für Teheran

Die iranische Nachrichtenagentur „Mehr“ veröffentlichte 14 Punkten, die in der noch zu unterzeichnenden Absichtserklärung stehen sollen. Dazu gehört die sofortige Freigabe von 12 Milliarden US-Dollar an iranischen Geldern; eine zusätzliche Summe in dieser Höhe soll im Verlauf der zweimonatigen Verhandlungen freigegeben werden.

Die USA heben außerdem Sanktionen auf, die die Ölindustrie betreffen. Sollte bei den vorgesehenen Verhandlungen eine dauerhafte Lösung zustande kommen, werden auch die übrigen internationalen Sanktionen aufgehoben.

Die vorgesehenen Aufbauhilfen sollen mindestens 300 Milliarden US-Dollar betragen. Die USA mischen sich nicht in innere Angelegenheiten des Iran und ziehen ihre Truppen aus dessen Nachbarregion ab. Das iranische Raketenprogramm soll nicht Teil der Verhandlungen sein. Das gleich gilt für die Unterstützung verbündeter Gruppierungen in der Region. Im Gegenzug verpflichtet sich Teheran dem Atomwaffensperrvertrag und verzichtet auf den Bau von Atomwaffen. (df)

Weltweit: Religionsfreiheit - Staatliche Eingriffe erreichen Höchststand

Forscher dokumentierten Eingriffe in 175 Staaten

Washington (IDEA) – Religiös motivierte Anfeindungen haben weltweit zugenommen und staatliche Eingriffe in religiöse Aktivitäten ihren Höchststand erreicht. Das geht aus dem jüngsten Jahresbericht des Pew Research Centers (Washington/USA) hervor, der die Lage in 198 Ländern und Territorien für das Jahr 2023 untersuchte. Die Zahl der Staaten mit hohen oder sehr hohen sozialen Feindseligkeiten gegenüber Religionsgemeinschaften stieg demnach von 45 auf 55 Staaten an. Als wesentliche Ursachen nannten die Forscher Belästigung religiöser Minderheiten sowie die Folgen des Krieges zwischen Israel und der Hamas nach dem Angriff vom 7. Oktober 2023. Besonders betroffen seien Muslime, Juden und Zeugen Jehovas. In Spanien, Norwegen, Belgien und Schweden verschlechterte sich die Lage deutlich. Auch in Russland registrierte der Bericht einen Anstieg religiös motivierter Gewalt gegen Juden und Muslime.

Höchststand bei Eingriffen in Gottesdienste

Parallel dazu verschärften Regierungen weltweit ihre Eingriffe in religiöse Aktivitäten. In 185 der untersuchten Länder schikanierten oder überwachten Behörden Religionsgemeinschaften. Eingriffe in Gottesdienste und religiöse Versammlungen dokumentierten die Forscher in 175 Staaten – ein Höchststand seit Beginn der Erhebung 2007. Unter den bevölkerungsreichsten Ländern bestehen in China, im Iran, in Indonesien, Ägypten und Russland die stärksten staatlichen Beschränkungen. Überdies werden Afghanistan, Syrien und Usbekistan zu den Ländern gezählt, bei denen es die meisten staatlichen Einschränkungen gibt. Die geringsten Eingriffe gab es in Südafrika, den USA, in Japan, den Philippinen und Großbritannien. Bei den gesellschaftlichen Spannungen lagen Nigeria, Indien, Israel, Syrien, Bangladesch und Pakistan an der Spitze. In mehreren dieser Staaten seien religiöse Minderheiten, darunter christliche Gemeinschaften, regelmäßig Diskriminierungen und Übergriffen ausgesetzt.

Keine Rangliste religiöser Verfolgung

Pew betont, dass die Untersuchung keine Rangliste religiöser Verfolgung erstelle. Erfasst würden sowohl staatliche Einschränkungen als auch gesellschaftliche Feindseligkeiten gegen sämtliche Religionsgemeinschaften. Grundlage sind nach eigenen Angaben Indizes, die sich durch öffentlich zugängliche und häufig zitierte Informationsquellen zusammensetzen. Dazu zählt das Research Center Veröffentlichungen des US-Außenministeriums, der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit, der Vereinten Nationen sowie mehrerer Nichtregierungsorganisationen wie „International Crisis Group“, „Freedom House“, „Amnesty International“ und „Human Rights Watch“.

Weltweit: Religionsfreiheit in jedem dritten WM-Teilnehmerland bedroht

Hilfswerk „Kirche in Not“ legt Analyse zur Fußball-Weltmeisterschaft 2026 vor

München (IDEA) – In rund einem Drittel der Länder, die an der Fußball-Weltmeisterschaft 2026 teilnehmen, ist die Religionsfreiheit eingeschränkt oder bedroht. Darauf hat das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ (München) hingewiesen. Grundlage ist der Bericht „Religionsfreiheit weltweit 2025“, der die Menschenrechtslage in 196 Ländern dokumentiert. Konkret sind 14 der 48 Teilnehmerländer betroffen. Damit entspricht der Anteil von 30 Prozent in etwa dem weltweiten Befund: Insgesamt stuft der Bericht 62 der 196 untersuchten Länder in die Kategorie „orange“ für Diskriminierung oder in die rote Kategorie für religiöse Verfolgung ein.

Haiti und Kongo besonders betroffen

Besonders dramatisch stellt sich die Lage laut „Kirche in Not“ in Haiti dar. Bewaffnete Banden kontrollierten dort weite Teile des Landes und behinderten wiederholt die Arbeit von Kirchen und religiösen Organisationen. In den vergangenen Jahren sei es immer wieder zu Entführungen und Gewalt gekommen. Auch in der Demokratischen Republik Kongo bleibe die Lage angespannt. Dort verschärften die Aktivitäten bewaffneter Gruppen im Osten des Landes seit Jahren die Situation für die Bevölkerung.

Hoffnungszeichen Irak

Weitere Teilnehmerländer mit Einschränkungen der Religionsfreiheit sind dem Bericht zufolge unter anderem Marokko, Tunesien, Algerien, Jordanien, Katar, Ägypten, die Türkei sowie Usbekistan. Religiöse Minderheiten – darunter Christen, Angehörige der Bahai-Religion und einzelne muslimische Gemeinschaften – seien dort weiterhin in unterschiedlichem Maße Diskriminierung sowie Einschränkungen bei der Ausübung und dem Bekenntnis ihres Glaubens ausgesetzt. Zugleich verweist „Kirche in Not“ auf Zeichen der Hoffnung. So sei die Nationalmannschaft des Irak ein Beispiel dafür, wie Menschen unterschiedlicher religiöser und ethnischer Herkunft gemeinsam auftreten könnten. Unter den Spielern befänden sich auch Christen, in einem Land, in dem ihr Bevölkerungsanteil inzwischen unter einem Prozent liege. Die Fußball-Weltmeisterschaft 2026 findet vom 11. Juni bis zum 19. Juli in den USA, Kanada und Mexiko statt.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]